

# Hallesche Zeitung

## Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Hallesche Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Post beträgt 1.60 Goldmark, durch Anzeigenstellen ohne Dringlichkeit 1.40 Goldmark, durch die Post 1.55 Goldmark, a 40 Goldpfennig. Druck- und Anzeigen-Preise: 200 Goldpfennig. Die Anzeigen werden nach Kolonnen-Preisen berechnet; die Zeile 0.25 Goldmark.

### Neues in Kürze.

#### Drachmeldungen und Radiotelegramme.

Der „Lokalanzeiger“ hört, daß sich die Reichsregierung entschlossen habe, zum 1. April 1925 zu vierjährlicher Schicksalsjahre an die Beamten zurückzuführen, und zwar soll am 1. April ein Drittel der Beamten, zum 1. Mai das zweite Drittel und zum 1. Juni das dritte Drittel seine Bezüge für drei Monate erhalten.

Hannover, 24. Jan. Nach Meldung hiesiger Blätter hat der Minister gestern auf Grund des Auftrags die Bezahlung des Rückgehals des Oberbürgermeisters Leiner als erdnungs-mäßige Aufwandskosten erklärt.

Wenn das erkrankte ist, hat Herr Leiner das Problem des Komplexes aus Dainien glänzend gelöst und bewiesen, daß für ihn die sozialistische Politik entschieden richtig war.

Die hiesigen Abgeordneten Hildebrand, Seemann und Borch haben im hiesigen Landtag einen Antrag eingebracht, der die Staatsregierung ersucht, dahin zu wirken, daß reiflos entgeltet wird, wie die zur Lösung der Wirtschaft im hiesigen Gebiet, insbesondere in der Pfalz, aus Pöfchelndörfern entlassenen 2 Millionen verwendet wurden. — Auch dort Stenografie?

Nach in Karlsruhe eingegangener Mitteilung wird die preussische Polizei sich an den vom 7. bis 21. Juni d. J. in Karlsruhe stattfindenden Internationalen polizeilichen Ausstellung offiziell beteiligen.

Vor dem Schlichteramt München I begann gestern die Verhandlung gegen die unter der Beschlagnahme der Fortführung des aufgelösten Bundes Oberland liegenden Vorlandamtlieferer des deutschen Südhans- und Warendundes Menging, Dr. Hübner und Generalmajor A. D. Wecker sowie gegen den leitenden im Hiltelprohij wegen Beihilfe zum Hochverrat verurteilten Tierarzt Dr. Weber.

In Altona (Hannover) wurden Stadtrat Käber und ein anderer Kommunist verhaftet. Dem Altonaer Anzeiger zufolge handelt es sich vermutlich um ein Verbrechen wegen Fortführung verbotener Organisationen.

In Pforzheim wurde der Kommunist Theodor Hagen verhaftet. In Augsburg der kommunistische Stadtrat Josef Wagner zusammen mit einem anderen Kommunisten.

In Weimar wurde der ehemalige hiesige Minister Hermann von dem Berufsgerichtsamt unter Aufhebung des Urteils erklärt. Infolgedessen freigelassen, ebenso die übrigen Angeklagten bis auf Runge, der zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt wurde.

Wie Havas mitteilt, sind die Anfragen, die Staatssekretär Trendelenburg der französischen Regierung hinsichtlich der letzten französischen Verträge gestellt hat, sofort den zuständigen Stellen zur Prüfung überwiesen worden. Man glaubt, daß der deutschen Delegation die verlangte Antwort in aller Kürze zufließen werden könne.

Die französische Besatzungsbehörde hat gestern auf dem Bahnhof Weitzleben auf der Straße Sandburg-Franfurt mehrere Käse angehalten und eine Patrouille vorgenommen. Zahlreiche Kefende, die nicht im Besitz von Ausweisen waren, wurden in Höhe Geldstrafen genommen.

Papst Pius XI. wird des heiligen Jahres wegen den Jahresfest seiner Krönung, den 12. Februar, diesmal nicht wie bisher in der St. Peter's Basilika, sondern durch eine große Feier in der Peterskirche begangen.

Nach einer Meldung aus Amerika werden dort und auch in dem dortigen maritimen Kongregation vorbereitet, die dem Papst 30 000 Dollar für Wiederherstellungsarbeiten überreichen werden.

Im Shanghai wird gemeldet, daß die Militärbehörde auf die Weigerung, den Anbau von Reis für Dünlandgemeinden zu betreiben, von 1600 hiesigen Familien 200 Familienanteile enteignet sich. — Bekanntlich hat England das Recht, den Opium in China einzuführen, als China selbst produziert. Sollte das hiesige Ausland irgendeine mit England Interessen an gesteigertem Opiumanbau in China und an der daraus folgenden Erlaubnis zu gesteigerter englischer Opiumzufuhr zusammenhängen?

### Rücktritt der Preussischen Regierung.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der Preussische Ministerpräsident Braun im Laufe des Freitagabend an den Präsidenten des Landtags folgendes Schreiben gerichtet:

„Ich beehre mich, ergebenst mitzuteilen, daß das Kabinett heute beschloffen hat, in seiner Gesamtheit zurückzutreten. Wenn auch das Ergebnis der heutigen Abstimmung des Landtags das Kabinett verfassungsmäßig nicht zwang, zurückzutreten, hat es gleichwohl den Rücktritt beschloffen, da die Haltung der Parteien ein ernstliches Arbeiten für das Wohl des Landes nicht mehr gewährleistet.“  
ges. Braun.

### Das kommunistische Misstrauensvotum.

Ergebnis: 221 Ja zu 221 Nein.  
Um 1 Uhr begann gestern im Preussischen Landtag die Abstimmung zur Vertrauensfrage. Abgelehnt wird zunächst über den kommunistischen Antrag:

„Das Staatsministerium besitz nicht das Vertrauen des Landtags.“

In der Begründung des Antrages wird dem Ministerium vorgeworfen, daß es die Interessen der werktätigen Bevölkerung nicht zur Rücksicht seiner Politik mache. Es habe nichts getan gegen den Raub des Arbeitsuntertages, gegen Betriebsstilllegung und Kurzarbeit, gegen Wiederherstellung der Löhne und Gehälter, gegen Annahme der Damagesklage.

Die Abstimmung hat folgendes Ergebnis:

Abgegeben wurden 442 Stimmen. Enthielten hat sich niemand, unglücklich war keine Stimme. Mit Ja haben gestimmt 221, mit Nein gleichfalls 221 (Mittelstimmungen sänderlischen links und in der Mitte).

Der kommunistische Antrag auf Entziehung des Vertrauens ist damit nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung, wonach die Hälfte der gesetzlichen Mittelstimmungen des Landtags, also 225 Abgestimmte für den Antrag stimmen müßten, abgelehnt.

Nachträglich hat das Landtagsbüro mitgeteilt, daß nur 441 Stimmen abgegeben wurden, davon 221 mit Ja und nur 220 mit Nein. — Der Stratum ist recht merkwürdig.

### Das deutsch-nationale Misstrauensvotum.

Ergebnis: 220 Ja, 217 Nein.

Es folgte die namentliche Abstimmung über den Antrag Dr. W. in der (Dnal):

„Dem Ministerpräsidenten, dem Finanzminister, dem Kultusminister, dem Innenminister und dem Handelsminister das Vertrauen zu entziehen.“

Der Antrag richtet sich nur gegen die sozialdemokratischen Minister. Die Abstimmung wird getrennt vorgenommen: zunächst wird abgelehnt über Braun als Kultusminister, 2. über Braun

### Ein deutsch-französischer Sicherheitspakt?

Das Pariser „Petit Journal“ spricht über die Möglichkeit der deutschen Reichsregierung, Frankreich einen gegenseitigen militärischen Sicherheitsvertrag vorzuschlagen. Wie wir hierzu von zuständigen Stelle hören, nimmt diese Frage, die auch in den Reichstagsverhandlungen der letzten Tage von Abgeordneten behandelt worden ist, fortgesetzt die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung in Anspruch, aber von Seiten der Reichsregierung ist in dieser Angelegenheit noch nichts unternommen worden und das Kabinett hat sich damit noch nicht beschäftigt.

### Sie sperren den Franzosen die Kredite.

Wie „New York Times“ berichtet, hat die durch die Kammerdebatte des Abgeordneten Marin hervorgerufene Wiederbelebung der Diskussion über die Frage der französischen Kriegsschulden die amerikanischen Bankiers veranlaßt, die Pläne für den Verkauf und die Neuausgabe französischer Industrie- und Gemeindefinanzen zunächst zurückzustellen.  
Nach den neuesten Nachrichten, so fährt das Blatt fort, würden auf Wunsch der Washing-

toner Regierung die schwebenden französischen Anleihen dem Markt ferngehalten. In Bankfreier erkläre man, daß die französischen Anleihen durch die Wiederaufnahme der Diskussion der Schuldenfrage gelockigt worden seien, und daß der französische Kredit in den Augen zahlreicher Kapitalträger Anteilsgeldnehmer eine Herabminderung erfahren habe.

Als der Präsident erklärt, der Antrag sei abgelehnt, da es an der verfassungsmäßigen Mehrheit fehle, die die Hälfte der gesetzlichen Mittelstimmungen betrage, also mindestens 225, entpfehle eine lange Geschäftsordnungsdebatte über die Auslegung der einschlägigen Bestimmungen.

Es folgte darauf die namentliche Abstimmung über die Entziehung des Vertrauens gegenüber Braun als Finanzminister. Die namentliche Abstimmung hat das folgende Ergebnis:

Ergebnis: Mit Ja stimmen 221, mit Nein 218 Abgeordnete.

Der Präsident trifft dieselbe Feststellung wie bei der vorigen Abstimmung.

Nachdem das Haus ab über Entziehung des Vertrauens gegen Braun als Ministerpräsidentem sowie gegen die Minister Seering und Siegring. Das Ergebnis ist das gleiche wie im vorhergehenden Falle:

Mit Ja stimmen 221, mit Nein 218 Abgeordnete.

### Der „Vertrauens“-Antrag der Nationalsozialisten.

Ergebnis: Der Landtag ist beschlußfähig.

Das Haus, dem sich der Antrag zur namentlichen Abstimmung für den Vertrauensantrag, der von den Nationalsozialisten gestellt worden ist.

Der Präsident teilt mit: Es sind 223 Stimmen abgegeben worden, der Landtag ist also beschlußfähig.

Herriger Oberpräsident reeds und bei den Kommunisten. Angeheuer kommt im ganzen Hause, zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten scheint sich ein Handgemenge entwickelt zu wollen.

Die Worte des Präsidenten, der die nächste Sitzung festsetzt, gehen in dem tosenden Lärm unter. Von der Tribüne hört man lärmende Kundgebungen. Die Kommunisten antworten darauf:

Als Präsident Bartels nach Feststellung der Tagesordnung und Mitteilung der Gegenstände des Präsidentenentschlusses, räumt Abg. Wied (K.) zur Tribüne, reißt die Präsidentenklappe an sich und übernimmt unter dem tosenden Beifall seiner Fraktion und angeheuren Kumult den Vorsitz. Er wird ein hoch auf die Tribüne hinaufgesehrt, in das von der Tribüne aus eingestimmt wird.

Vor der Abstimmung hatte der Sozialdemokrat Großhain erkläre, der Antrag, das Vertrauen auszusprechen, sei unzulässig, deshalb würden sich keine Kommunisten und Sozialdemokraten an der Abstimmung nicht beteiligen.

Die Beschlußfähigkeit wurde schließlich dadurch herbeigeführt, daß der Präsident Bartels und der Schriftführer Paul Hoffmann (beide Sozialdemokraten) sich an der Abstimmung nicht beteiligten. Nächste Sitzung: Dienstag 3. Februar.

### Zum Sturz des Preussischen Kabinetts.

Ein Aufsatzen geht durch alle nationalen Kreise Preußens: Das Kabinett Braun-Seering ist tot. Das bedeutet den Sieg der Ordnung über die Revolution.

Aber kaum hat man sich diesem munderwollen Gefühl der Erleichterung und der Hoffnung auf eine bessere Zeit hingegeben, da haben schon wieder neue Sorgen:

Das Kabinett wurde gestürzt mit Hilfe der Kommunisten, die dieses Mal doch wieder aber noch gegen die Sozialdemokraten gingen, vielleicht nur deshalb, weil die Sozialdemokraten sich ausredeten, daß die Kommunisten weniger Stimmen als Zentrum und Demokraten haben, letztere also als Bundesgenossen vorzuziehen sind. Aber was wird nun kommen?

Das Verhalten des Zentrums bei der gestrigen Abstimmung läßt vorerst wenig Hoffnung, daß es in Preußen das gleiche wie im Reich tun, sich auf Seiten einer bürgerlichen Regierung stellen wird. Wie soll dann aber überhaupt eine Mehrheitsregierung zustandekommen? Denn die Rechte konnte wohl mit den Kommunisten gehen, kann aber mit ihnen keine Regierung bilden. Ohne Zentrum ist also eine bürgerliche Regierungsbildung ebenso unmöglich, wie eine sozialistische ohne die Volkspartei, die engulgt mit den Sozialisten gebrochen hat.

Es sieht sehr ernst aus in Preußen, und es besteht die Gefahr einer so schweren Krise, daß sehr wohl von Bruch der Regierung zu sprechen ist. Die Regierung wird immer wieder drohen, was die Gefahr, in der demokratischen Rechte bereits drückende Hoffnung der Sozialisten, Demokraten und gewisser Zentrumstreue zu sein scheint.

Das Kabinett wird durch alle nationalen Kreise Preußens: Das Kabinett Braun-Seering ist tot. Das bedeutet den Sieg der Ordnung über die Revolution.

Über kaum hat man sich diesem munderwollen Gefühl der Erleichterung und der Hoffnung auf eine bessere Zeit hingegeben, da haben schon wieder neue Sorgen:

Das Kabinett wurde gestürzt mit Hilfe der Kommunisten, die dieses Mal doch wieder aber noch gegen die Sozialdemokraten gingen, vielleicht nur deshalb, weil die Sozialdemokraten sich ausredeten, daß die Kommunisten weniger Stimmen als Zentrum und Demokraten haben, letztere also als Bundesgenossen vorzuziehen sind. Aber was wird nun kommen?

Das Verhalten des Zentrums bei der gestrigen Abstimmung läßt vorerst wenig Hoffnung, daß es in Preußen das gleiche wie im Reich tun, sich auf Seiten einer bürgerlichen Regierung stellen wird. Wie soll dann aber überhaupt eine Mehrheitsregierung zustandekommen? Denn die Rechte konnte wohl mit den Kommunisten gehen, kann aber mit ihnen keine Regierung bilden. Ohne Zentrum ist also eine bürgerliche Regierungsbildung ebenso unmöglich, wie eine sozialistische ohne die Volkspartei, die engulgt mit den Sozialisten gebrochen hat.

Es sieht sehr ernst aus in Preußen, und es besteht die Gefahr einer so schweren Krise, daß sehr wohl von Bruch der Regierung zu sprechen ist. Die Regierung wird immer wieder drohen, was die Gefahr, in der demokratischen Rechte bereits drückende Hoffnung der Sozialisten, Demokraten und gewisser Zentrumstreue zu sein scheint.

Das Kabinett wird durch alle nationalen Kreise Preußens: Das Kabinett Braun-Seering ist tot. Das bedeutet den Sieg der Ordnung über die Revolution.

Über kaum hat man sich diesem munderwollen Gefühl der Erleichterung und der Hoffnung auf eine bessere Zeit hingegeben, da haben schon wieder neue Sorgen:

Das Kabinett wurde gestürzt mit Hilfe der Kommunisten, die dieses Mal doch wieder aber noch gegen die Sozialdemokraten gingen, vielleicht nur deshalb, weil die Sozialdemokraten sich ausredeten, daß die Kommunisten weniger Stimmen als Zentrum und Demokraten haben, letztere also als Bundesgenossen vorzuziehen sind. Aber was wird nun kommen?

Das Verhalten des Zentrums bei der gestrigen Abstimmung läßt vorerst wenig Hoffnung, daß es in Preußen das gleiche wie im Reich tun, sich auf Seiten einer bürgerlichen Regierung stellen wird. Wie soll dann aber überhaupt eine Mehrheitsregierung zustandekommen? Denn die Rechte konnte wohl mit den Kommunisten gehen, kann aber mit ihnen keine Regierung bilden. Ohne Zentrum ist also eine bürgerliche Regierungsbildung ebenso unmöglich, wie eine sozialistische ohne die Volkspartei, die engulgt mit den Sozialisten gebrochen hat.

Es sieht sehr ernst aus in Preußen, und es besteht die Gefahr einer so schweren Krise, daß sehr wohl von Bruch der Regierung zu sprechen ist. Die Regierung wird immer wieder drohen, was die Gefahr, in der demokratischen Rechte bereits drückende Hoffnung der Sozialisten, Demokraten und gewisser Zentrumstreue zu sein scheint.

Das Kabinett wird durch alle nationalen Kreise Preußens: Das Kabinett Braun-Seering ist tot. Das bedeutet den Sieg der Ordnung über die Revolution.

Über kaum hat man sich diesem munderwollen Gefühl der Erleichterung und der Hoffnung auf eine bessere Zeit hingegeben, da haben schon wieder neue Sorgen:

Das Kabinett wurde gestürzt mit Hilfe der Kommunisten, die dieses Mal doch wieder aber noch gegen die Sozialdemokraten gingen, vielleicht nur deshalb, weil die Sozialdemokraten sich ausredeten, daß die Kommunisten weniger Stimmen als Zentrum und Demokraten haben, letztere also als Bundesgenossen vorzuziehen sind. Aber was wird nun kommen?

Das Verhalten des Zentrums bei der gestrigen Abstimmung läßt vorerst wenig Hoffnung, daß es in Preußen das gleiche wie im Reich tun, sich auf Seiten einer bürgerlichen Regierung stellen wird. Wie soll dann aber überhaupt eine Mehrheitsregierung zustandekommen? Denn die Rechte konnte wohl mit den Kommunisten gehen, kann aber mit ihnen keine Regierung bilden. Ohne Zentrum ist also eine bürgerliche Regierungsbildung ebenso unmöglich, wie eine sozialistische ohne die Volkspartei, die engulgt mit den Sozialisten gebrochen hat.

Es sieht sehr ernst aus in Preußen, und es besteht die Gefahr einer so schweren Krise, daß sehr wohl von Bruch der Regierung zu sprechen ist. Die Regierung wird immer wieder drohen, was die Gefahr, in der demokratischen Rechte bereits drückende Hoffnung der Sozialisten, Demokraten und gewisser Zentrumstreue zu sein scheint.

Das Kabinett wird durch alle nationalen Kreise Preußens: Das Kabinett Braun-Seering ist tot. Das bedeutet den Sieg der Ordnung über die Revolution.

Über kaum hat man sich diesem munderwollen Gefühl der Erleichterung und der Hoffnung auf eine bessere Zeit hingegeben, da haben schon wieder neue Sorgen:

Das Kabinett wurde gestürzt mit Hilfe der Kommunisten, die dieses Mal doch wieder aber noch gegen die Sozialdemokraten gingen, vielleicht nur deshalb, weil die Sozialdemokraten sich ausredeten, daß die Kommunisten weniger Stimmen als Zentrum und Demokraten haben, letztere also als Bundesgenossen vorzuziehen sind. Aber was wird nun kommen?



# Ein vernünftiges Auslands-Wort über das Kabinett Luther.

Die schweizerische Zeitung „Societas“ schreibt: „Die ganze neutrale Welt gegen die neue „Kriegsliste“...“

## Erhöhung der Eisenbahntarife?

Die Ausschüsse und der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft...“

## Bayern für Erhöhung der Kriegesbeschädigtenrente.

Der bayerische Landtag genehmigte nach vierstündiger Verhandlung...“

Das reaktionäre „Bayern“...“

## Die Kronprinz bleibt Eigentümer von Oels.

In dem Prozeß des früheren Kronprinzen Friedrich Wilhelm von Preußen...“

## Ob das der geeignete Posthalter ist?

Neuerd., 24. Januar. „Associated Press“ veröffentlichte eine Erklärung...“

# 25 Bräute.

Ein Schmelzroman von Wilhelm Seibert. 20. Fortsetzung. Nachdruck verboten. „Theatertribüne“...“

# „Eine nationale Gefahr im Rheinland“

## „Sollen die französischen Bücher und Zeitschriften aus dem besetzten Gebiet verschwinden?“

Das Pariser „Journal“ schreibt in einem Leitartikel:

Schon seit einiger Zeit machen zahlreiche Briefe, die wir aus dem Rheinland erhalten, uns auf eine große Gefahr aufmerksam, die das Rheinland des französischen Gebietes in dem besetzten Gebiet und die geistige Versorgung unserer Soldaten, Beamten und zivilen Angehörigen in Deutschland gefährdet. Alle fragen sich, ob es möglich sein wird, aus weiteren Zeitungen und sonstigen Veröffentlichungen aus Frankreich zu erhalten. Es ist ein wahrer Alarmruf, der aus diesen Briefen zu unserer Regierung spricht.

Die deutsche Propaganda hat von je her Durchdringung der Presse und der Literatur jener Länder nachstrebt, die sie reif für das deutsche Denken machen wollte. Unser Staatsmänner, die für das Postgesetz unseres Landes zu machen haben, müssen dieser Angelegenheit ihre volle Aufmerksamkeit widmen.

Die Sachlage ist folgende: Als unsere Armeen im Rheinland vorrückten, folgten ihnen die Zeitungsentwickler auf dem Fuß, die auf ihr eigenes Risiko in den besetzten Gebieten Zeitungsstände errichteten. Sie wurden durch die Zeitungsverleger und Buchhändler, die die Sonderverträge des Transportes und der Organisation freiwillig auf sich nahmen, zu unserem französischen Inlandspostverleger und wurden dafür ihre Kundschaft ebenfalls zum französischen Inlandspostverleger. Ihre Kundschaft umfaßte nicht nur unsere Soldaten und sonstigen Volksgenossen, sondern die Schichten breiteten sich allmählich auch in der deutschen Bevölkerung aus, die Frankreich in ihrem wahren Werte nicht kannte, was der Sache des Friedens sehr nützlich war.

Die finanzielle Lage dieser Verleger war seit langem nicht gerade günstig. Sie hatten darüber gebeten, daß sie a) la suite der Armeen genommen werden. Sie hätten auf diese Weise sich die Bücher, die für militärische Kooperationen beschaffen können, wären frei gewesen von den deutschen Steuern und konnten Veräußerungen in den besetzten Gebieten erhalten. Nicht alle Wünsche konnten ihnen gewährt werden, aber immerhin wurden ihnen gewisse Vorteile eingeräumt: Man verschaffte ihnen Verkaufsrechte zu billigen Preisen und befreite sie von jeder deutschen Steuer.

Diese Verhältnisse haben sich jetzt vollständig geändert: Die höchste Unterführung durch die

## Wir entschuldigen uns bei den Russen.

Ministerialdirektor Maltzoff vom Auswärtigen Amt hat dem Botschafter der U. S. S. R., Herrn Krejzmann, einen Besuch ab und brachte ihm das Bedauern der Regierung darüber zum Ausdruck, daß die auf dem Konvult der U. S. S. R. in Königsberg gehobte Schwefelbombe heruntersinken und entzündet worden ist. Gleich zeitig hat der Oberpräsident von Ostpreußen dem Konvult gegenüber sein Bedauern ausgedrückt. Eine sofortige Untersuchung wurde angeordnet.

Wir können es einer herumgerissenen Yagone wegen natürlich nicht zu einem Konflikt mit Ruß-

land kommen lassen, es müßte daher die diplomatische Weg der Entschuldigung betreten werden. Aber bitter ist es doch, wenn man bedenkt, wie die Komposition durch die Armeen hier bei uns seit Jahren nicht nur die Yagone, sondern Staat und Volk herumzureißen und in den Abgrund des Bolschewismus zu führen such. Waren wir einig, so wären wir Macht und könnten ganz anders zu Rußland reden.

## „Friedliche Durchdringung“ Südamerikas.

Handelshoffnungen der Nordamerikaner.

In unserem Montagsartikel „Die Macht der Drei“ hatten wir u. a. auch auf die „friedlichen“ Ausbeutungsmöglichkeiten der Vorkontinente Südamerika und auf den Niedergang der Bedeutung Europas für die Weltwirtschaftspolitik hingewiesen. Die dort angeordnete

— Das sieht wirklich nicht danach aus, als ob die Franzosen auf das Rheinland verzichteten. Denn das Befehlswort der Besatzungstruppen ist offensichtlich nur ein willkommener Vorwand zur Durchdringung des französischen Propaganda.

land kommen lassen, es müßte daher die diplomatische Weg der Entschuldigung betreten werden. Aber bitter ist es doch, wenn man bedenkt, wie die Komposition durch die Armeen hier bei uns seit Jahren nicht nur die Yagone, sondern Staat und Volk herumzureißen und in den Abgrund des Bolschewismus zu führen such. Waren wir einig, so wären wir Macht und könnten ganz anders zu Rußland reden.

Anficht wird durch die folgende Meldung über die Wirtschaftsjagen und Wirtschaftshoffnungen Amerikas bestätigt:

London, 22. Jan. Die „Times“ aus Newport meldet, erlärte Handelssekretär Hoover im Budgetauslaß des Repräsentantenhauses, es sei dringend notwendig, im nächsten oder in den beiden nächsten Jahren den amerikanischen Ausfuhr-Organisationen von Regierungseite eine außerordentliche Unterstützung zu gewähren, um ihnen über eine Zeit hinwegzuhelfen, die sich ziemlich schwierig gestalten dürfte. Doch handele es sich seines Erachtens nur um vorübergehende Schwierigkeiten, da mit der Steigerung des Lebensmittelanbotes in Europa auch die dortigen Löhne steigen müßten, so daß sich schließlich die nachteilige Lage Amerikas wieder bessern werde.

## England und der russisch-japanische Vertrag.

Zum Abschluß des russisch-japanischen Vertrages schreibt der diplomatische Beauftragte des „Daily Telegraph“...“

Falls der Handelsvertrag durch eine politische Entzweiung ergriffen werden und die Einstellung zu der geplanten Revision der russisch-japanischen Verträge bilden würde, dann würde sich daraus eine beträchtliche Verfestigung im Gleichgewicht der Macht und des Einflusses im Fernen Osten, besonders in China, ergeben. Durch eine solche nicht unangenehme Reorientierung der Diplomatie beider Länder in Beijing würden sich vielleicht gewisse chinesische Elemente ermutigt fühlen, von den Vertragsmachern eine Preisgabe der exterritorialen und sonstigen Privilegien zu fordern.

Des schließlichen Ergebnisses einer solchen Evaluation würde dann eine chinesische Wortwahl sein.

Die englischen Beziehungen werden durch die folgende Nachricht über sehr deutliche russischen Maßnahmen bestätigt:

Moskau, 22. Januar. Bei einem Presseempfang aus Anlaß der Unterzeichnung des russisch-japanischen Vertrages erklärte Tschicherin u. a., daß der Vertrag zweifellos eine Festigung der Lage der Union des Sozialistischen Sowjetraumes im Fernen Osten darstelle. Für Japan bilde der Vertrag eine fremdenfeindliche Stütze für den Fall, daß ihm Verwicklungen drohen sollten. Zudem Tschicherin auf den freundschaftlichen Umgang Josses des ersten Vertreters der Sowjetunion auf japanischem Boden. Josses, betonte er, werde den russischen Interessen bei der japanischen öffentlichen Meinung im Verhältnis zu der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken eingetretten sei.

Neuer meldet aus Ottawa, daß das Einwanderungsdepartement in diesem Jahre 20 Prozent nach Europa landen wird, um über die Möglichkeiten der Anwerbung in Kanada Verhandlungen zu führen und bei der Prüfung der Einwanderer zu helfen.

— Es ist eben ein glänzendes Geschäft für die überreichen Großgrundbesitzer, deren Heranziehung von Auswanderern dem Boden Ertrag und damit Itali bloßem Spekulationswert Vermögenswert zu geben.

Reuter meldet aus Ottawa, daß das Einwanderungsdepartement in diesem Jahre 20 Prozent nach Europa landen wird, um über die Möglichkeiten der Anwerbung in Kanada Verhandlungen zu führen und bei der Prüfung der Einwanderer zu helfen.

— Es ist eben ein glänzendes Geschäft für die überreichen Großgrundbesitzer, deren Heranziehung von Auswanderern dem Boden Ertrag und damit Itali bloßem Spekulationswert Vermögenswert zu geben.

brottigen Adressen ausnühte, da war minutenlang nur ein Gelächre und Lachen im ganzen Saale, das ihm gar manche vergessene Stelle seiner Rolle erparte.

Er war von Haus aus nicht rachsüchtig. Er verachtete ihn aber doch eine tiefe und volle Befürchtung, die Quarantäne, in die ihn Raffalbe gesteckt hatte, hier nur aller Öffentlichkeit lächerlich machen und entweihen zu dürfen.

Es konnte es nicht fehlen, daß der Direktor sich festumgelnd ein um das andere Mal die Hände rieb und ihm auf die Schulter klopfte, so oft er in die Kulissen trat.

Griffelbe aber stübe vor heimlicher Unternehmungslust und zeigte ihm das Hinterforsch, durch das sie nach ihrem letzten gemeinsamen Auftreten während der Intrigant noch mit einer hinterlistigen Szene das Drama schloß — allen Festen entziehen wollten.

So geschah es auch. Unabgesehen vom klügeligen Witz, kaum, daß er sein letztes Wort gesprochen hatte, in die fernestehende, rearsüchtige Frühlingsnacht hinaus. Saum fand er dort, sah er eine heisse Hand auf seinem Arm, die ihm etwas unter diesen schloß.

„Die Kasse!“ rieferte Griffelbe. „Dann geht es rascher Schritt vorwärts. Aber Atem und Baine der sehr zur Hälfte neigenen Direktorin blieben hinter ihrer Leidenschaft zurück.“

Es müßten öfter anfallen, um ihr das Verschmaufen zu ermöglichen. Uaß ging es Brautpaar langamer.

„Sie lieh ich dabei einmal umschien, hörten sie kleine, kurze, aber sehr rasche Schritte klappern.“ „Da der Schürze halt's gemutter“, hörte sie „Wer?“ „Der Intrigant.“ (Fortsetzung folgt.)